parlamentsreport

20–2022

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Verfassung muss wirksame Antworten geben: Soziale Fragen angehen

3 Sicherheit und Vertrauen: Energiekrise mit konkreten Maßnahmen meistern

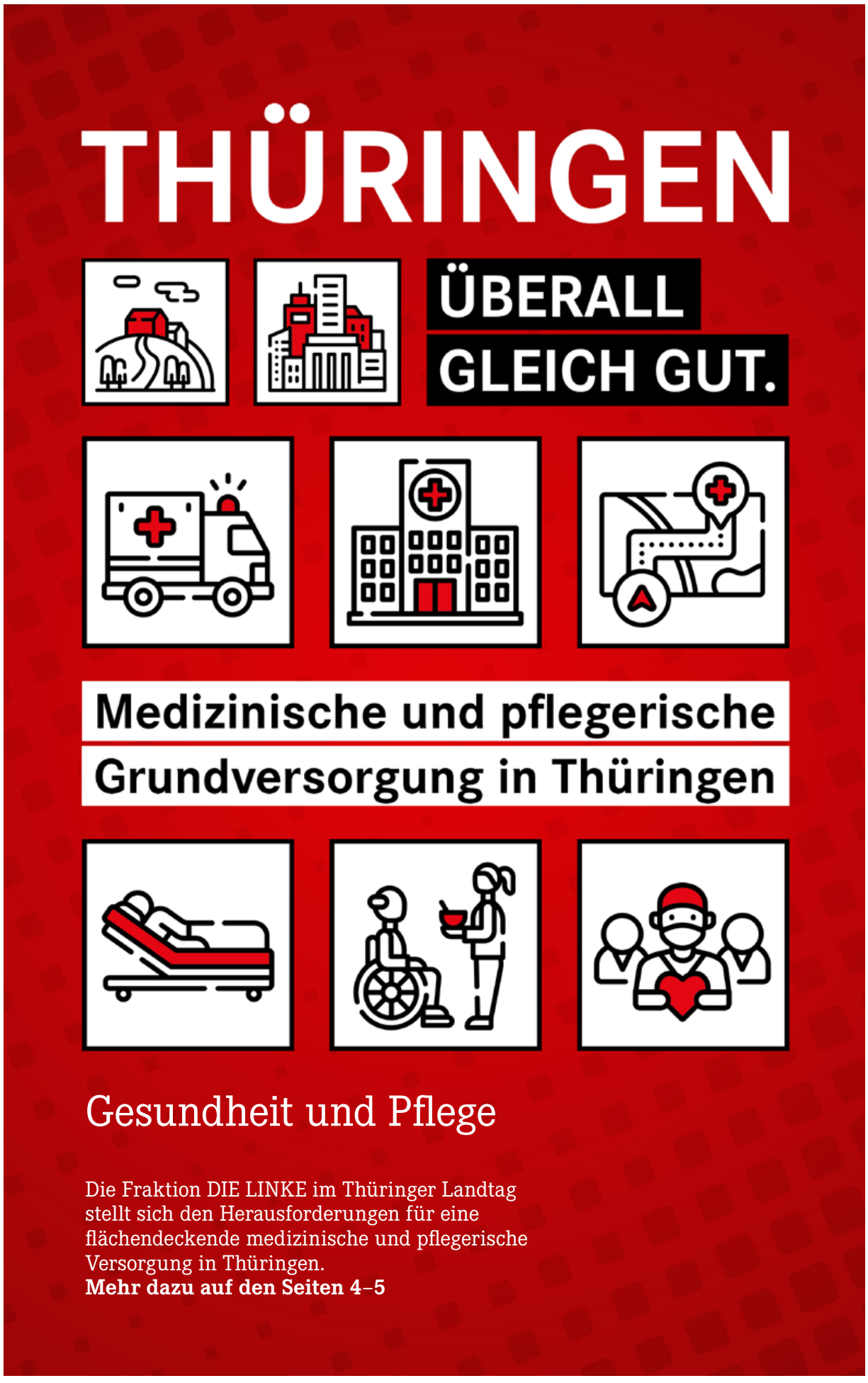
7 Pflegeeinrichtungen in prekärer Lage: Energiekrise trifft die Ältesten

Überall gleich gut

Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts hat die Lebenserwartung beachtlich zugenommen. Dass mit zunehmendem Alter medizinische und pflegerische Leistungen immer stärker in Anspruch genommen werden und sich gleichzeitig die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse so verändert haben, dass nur noch selten alle notwendigen Unterstützungs-, Hilfs- und Pflegeangebote familiär abgesichert werden können, sind zwei Gründe dafür, dass der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Angeboten stetig gestiegen ist. Andererseits nimmt der Anteil der Menschen im berufsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung stetig ab, was noch einmal zusätzlich erschwert, die bestehenden und steigenden Bedarfe personell abzusichern. Besondere Herausforderung ist dabei, dass der Zugang zu Versorgungsleistungen für alle Menschen unabhängig des Wohn- und Lebensortes gesichert ist.

Gerade im ländlichen Raum muss gewährleistet sein, dass die medizinische und pflegerische Grundversorgung jederzeit in Anspruch genommen werden kann und Menschen nicht gezwungen sind, im Alter Lebensorte verlassen zu müssen, wenn nur im städtischen Verdichtungsraum benötigte Leistungen im Pflege- oder Krankheitsfall erreichbar sein würden. Ein flächendeckendes Krankenhausnetz der Grundversorgung mit spezialisierten Angeboten in den Zentren und miteinander verzahnte lokale Gesundheits- und Pflegenetzwerke können dies sichern. Die Grundlage soll der durch das Gesundheitsministerium hierfür gestartete Werkstattprozess „Zukunft.Gesundheit.Thüringen.2030“ schaffen. Die Fraktion DIE LINKE wird diesen Prozess im Rahmen ihrer Kampagne „Thüringen. Überall gleich gut“ politisch und fachlich begleiten. Unsere Zielstellung ist dabei ebenso ambitioniert wie alternativlos: „Gesundheit. Überall gleich gut.“

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Gesundheit und Pflege

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag stellt sich den Herausforderungen für eine flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung in Thüringen.

Mehr dazu auf den Seiten 4–5

Linker Ticker

Angesichts der bestehenden Schutzlücken für Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, aber keinen ukrainischen Pass besitzen, fordern **Patrick Beier**, migrationspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, und **Christian Schaft**, Sprecher für Hochschulpolitik, eine schnelle Lösung der Situation. „Es ist egal, ob Menschen mit oder ohne ukrainischem Pass vor dem Krieg fliehen. Es braucht für die Betroffenen eine sichere Aufenthaltsperspektive, wie es bspw. auch die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL fordert.“ Eine Gruppe, die durch die Änderungen in der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung vor besonderen Herausforderungen steht, seien beispielsweise Studierende ohne ukrainischen Pass. „Eine Aufenthaltserlaubnis zu Ausbildungs- oder Studienzwecken setzt u. a. voraus, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, was wiederum den Nachweis von mehreren tausend Euro auf einem Sperrkonto erfordert. Zudem können nicht immer die notwendigen Deutschkenntnisse nachgewiesen werden, um zu einem Studium zugelassen zu werden. Können die Betroffenen diese Voraussetzungen nicht erfüllen, drohen sie ausreisepflichtig zu werden und in eine prekäre Situation zu geraten. Das muss in jedem Fall verhindert werden“, erklärt Beier. +++ „ZDF Magazin Royale“ und „Frag den Staat“ haben die ursprünglich für 120 Jahre als geheim eingestufte NSU-Akte aus Hessen veröffentlicht. Dazu erklärt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion und Obfrau der früheren NSU-Untersuchungsausschüsse im Thüringer Landtag: „Nun wird deutlich, warum der Bericht so lange der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollte. Er ist vor allem ein Zeugnis der unfassbaren Inkompetenz des Geheimdienstes. Allein 40 Prozent der Meldungen beziehen sich auf Waffen- oder Sprengstoffbesitz von Neonazis. Trotzdem meint der Verfassungsschutz, dass keine ‚Informationen zu einem gewaltorientierten Verhalten dieser Personen‘ vorlägen. Es ist dringend notwendig, den Geheimdiensten alle ihnen noch vorliegenden Akten, die zur Aufklärung des NSU-Komplexes beitragen können, zu entziehen und einem Archiv zu übergeben, um die seit mehr als zehn Jahren zugesagte transparente und umfassende Aufklärung zu ermöglichen.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 03. November 2022

Wirksame Antworten liefern

Zum Tag der Verfassung wird deren Relevanz hervorgehoben

Vor 29 Jahren wurde die Thüringer Verfassung am 25. Oktober 1993 auf der Wartburg verabschiedet. Anlässlich des Jubiläums hebt Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer, ihre wichtige Bedeutung hervor: “Die Thüringer Verfassung muss jetzt auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wirksamere Antworten geben. Dazu gehören vor allem das Größerwerden der Schere zwischen Arm und Reich, die Zuspitzung der Armutsproblematik im Alltag der Menschen und die neuen faschistischen Bewegungen im Land.”

Daher fordert Müller, die erneute Diskussion um das Staatsziel Antifaschismus und Antirassismus sowie den Ausbau der Rechte der öffentlichen Daseinsfürsorge bei Energie und Wohnen. “Gerade jetzt, wo die Menschen die stetig steigende Inflation deutlich im Geldbeutel spüren, die Schlangen an den Tafeln immer länger werden und die rechten und rassistischen Gruppierungen sich zusammenschließen, muss auch die Thüringer Verfassung ihren Beitrag leisten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken sowie der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken – z. B. auch mit der Aufnahme des Staatsziels der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Thüringen.” Forschungsexperten zu Rechtsextremismus und Radikalisierung, Rassismus und Hass, wie z. B. Prof. Matthias Quent, warnen ganz aktuell vor einer neuen faschistischen Bewegung. Deshalb muss in die Thüringer Verfassung eine Verpflichtung aller staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Akteure zum wirksamen Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit sowie gegen die Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen bzw. faschistischen Gedankenguts aufgenommen werden. “Die bestehende und vermutlich sich leider noch zuspitzende Energiekrise führt klar vor Augen, dass ohne soziale Nachhaltigkeit keine ökologische Nachhaltigkeit zu machen ist. Doch das kann man auch schon seit vielen Jahren wissen, wenn man sich die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO anschaut. Sie machen die soziale Nachhaltigkeit zu Recht zur zwingenden Voraussetzung für die Verwirklichung der ökologischen Nachhaltigkeit. Daher braucht es beim Blick auf die Bewältigung der Klimakrise immer auch den Blick auf die soziale Gerechtigkeit. In Dänemark darf mit der Erzeugung von Wärme kein Gewinn gemacht werden”, so Müller.

Beim offiziellen Festakt im Thüringer Landtag verwies Landtagspräsidentin Birgit Pommer in ihrer Eröffnungsrede auf die Entwicklungsgeschichte und große Bedeutung der Thüringer Landesverfassung: „Die Thüringer Landesverfassung heute ist das verlässliche Fundament unserer Gesellschaft. Sie garantiert uns demokratische Mitbestimmung, Gleichberechtigung, verlässliche Rechtssicherheit, Freizügigkeit und Reisefreiheit, Gewerbefreiheit, Religions-, Meinungs-, Wahl- und Pressefreiheit. Bodo Ramelow ergänzte: „Eine Verfassung ist nur so gut, wie sie gelebt wird. Die Verfassung, von der wir heute reden, wurde durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt. Es führte dazu, dass wir die Transformation erleben konnten, die uns stark gemacht hat.“ Doch die Inhalte der Verfassung seien nicht sakrosankt, sie sollten immer wieder auf den Prüfstand kommen und bei Bedarf verändert werden, um „mehr Bewegung in politische Gestaltung in unserer Gesellschaft zu bekommen.“

Schulgesetz stärkt Praxisorientierung

Rot-Rot-Grün bringen neuen Gesetzesentwurf ein

In der ersten Fraktionssitzung nach den Herbstferien stellte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, seinen Abgeordnetenkolleg:innen den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Schulwesens vor. Mit dem in den Landtag eingebrachten rot-rot-grünen Schulgesetz wird einerseits auf aktuelle Herausforderungen, andererseits auf Erfahrungen der vergangenen Jahre reagiert. „In den letzten drei Jahren mussten die Thüringer Schulen verschiedene, teils neue und teils bekannte, Herausforderungen meistern. Aufgabe von Bildungspolitik ist, die Schulen bestmöglich bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben zu unterstützen, insbesondere auf gesetzlicher Basis“, begründet Abgeordneter Wolf die Gesetzesinitiative.

Gerade während der Corona-Pandemie seien Stärken und Schwächen im Bildungsbereich deutlich geworden. „Mit der Gestaltung digitaler Lehr- und Lernformate, mit der Einführung der digitalen Lernmittelfreiheit, mit mehr Praxisorientierung im Unterricht, mit der Umstellung auf eine schulstufenbezogene Lehramtsbildung, dem Ausbau der Ganztagsschule und der Schulsozialarbeit und mehr pädagogischer Assistenz stellen wir die Weichen in Richtung Zukunft für die Schulen“, so Wolf. Der Abgeordnete erklärt mit Blick auf die von der CDU eingebrachten Änderungen zum Schulgesetz: „Das ist eher Bildungspolitik mit Vollgas im Rückwärtsgang.“

Die Fraktion DIE LINKE hat sich insbesondere für die digitale Bildung und die stärkere Praxisorientierung eingesetzt. „In den Zeiten des pandemiebedingten Distanzunterrichts wurde deutlich, dass es gute Konzepte gibt, die aber noch in die Breite getragen werden müssen. Wir schaffen mit unserem Gesetz die rechtlichen Voraussetzungen zur Gestaltung digitaler Lernformen. Gleichzeitig wollen wir schrittweise alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei mit digitalen Endgeräten ausstatten. Damit geben wir den Schulen die Instrumente in die Hand, zusätzlich zum Präsenzunterricht neue Unterrichts- und Lernformate zu gestalten. Dies ist für die Schulentwicklung ein entscheidender Schritt“, so Wolf.

Es sei der Auftrag der Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen, die Schülerinnen und Schüler auf eine berufliche Ausbildung vorzubereiten. „Dies gelingt gut, wenn in der schulischen Bildung neben Angeboten der Berufsorientierung auch Phasen des praktischen Lernens eingebunden werden. In Thüringen haben sich in den letzten Jahren einige Schulen auf den Weg gemacht, das praxisorientierte Lernen als durchgängiges Prinzip der pädagogischen Arbeit und bei der Gestaltung der Stundentafel anzuwenden.

So beteiligen sich 11 Regelschulen in Nordthüringen an den „Tagen im Praktikum“ mit einem festen Praktikumstag pro Woche in der Klassenstufe 8 und 9 und die Werkstattschule in Jena mit Praxistagen ab der ersten Klasse. Dazu der Bildungspolitiker Torsten Wolf: „Wir wollen die guten Erfahrungen der Praxisklassen und des praxisorientierten Lernens in allen Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen einbringen und damit insbesondere den Bildungsauftrag der Regelschulen stärken. Kein Schulabgang ohne Abschluss und beste Schulentwicklung für jede Schulart: das ist unser Credo.“

Der Gesetzentwurf soll nun von den rot-rot-grünen Koalitionsparteien in das November- Plenum des Thüringer Landtages eingebracht und in den Ausschuss überwiesen werden.

„Aufgabe von Bildungspolitik ist, die Schulen bestmöglich bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben zu unterstützen“

Haushaltsverhandlungen 2023

Dittes äußert sich zu Mehreinnahmen

Eine Woche vor dem Novermber-Plenum im Thüringer Landtag äußert sich Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes unter anderem zu den aktuellen Haushaltsverhandlungen 2023: „Wir sind im Zeitplan. Die Fraktionen arbeiten gerade ihre Änderungsanträge aus und ich befinde mich derzeit in Sondierungsgesprächen mit dem Vorsitzenden der CDU. Zudem gibt es auch eine formale Einladung von Rot-Rot-Grün an CDU und FDP, die Gespräche zu konkretisieren“.

Zu den von Thüringens Finanzministerin Heike Taubert erklärten Steuermehreinnahmen äußerte sich Dittes zurückhaltend, was die Auswirkungen auf den kommenden Haushalt angeht. Demnach wird für das laufende Jahr 2022 für die Länder von Mehreinnahmen in Höhe von drei Milliarden Euro ausgegangen. Die geschätzten Steuermehreinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden würden den „Druck bei den Verhandlungen“ etwas senken, sie würden jedoch nur bedingt Auswirkungen haben. Man müsse weiter mit Bedacht zielorientiert die Entscheidungen treffen, die zur Bewältigung von Krisen notwendig seien. Die Herausforderung sieht Dittes derzeit darin, den Transformationsprozess für das Bundesland zu beschleunigen. Für das nächste Plenum sollen allein drei Gesetzentwürfe von Rot-Rot-Grün im bildungspolitischen Bereich eingebracht werden, die dazu beitragen könnten. Diese umfangreichen gesetzlichen Entwicklungen würden jedoch auch noch einmal notwendige Mehrausgaben bringen. „Es gibt also noch viele unbekannte Faktoren“, erklärt der Vorsitzende.

Nach dessen Einschätzung werden sich für die Haushaltsaufstellung durchaus Spielräume ergeben können, aber längst nicht in dem allgemein erhofften Umfang.

Die über zwei Millionen Thüringerinnen und Thüringer leben in 631 Städten und Gemeinden Thüringens. Während die Bevölkerung in den großen Städten Thüringens wächst, wird die Anzahl der Bewohner:innen in den ländlich geprägten Regionen in den nächsten Jahren weiter deutlich abnehmen. Die Entscheidung über die Wahl des Lebensortes wird dabei von vielen Faktoren bestimmt, die zusammen über die Lebensqualität entscheiden.

Der Zugang zu Arbeit, Bildung und gesundheitlicher Versorgung ist dabei ebenso entscheidend wie Mobilität, Wohnraum, kulturelle und soziale Angebote sowie Erholungsmöglichkeiten. Nicht alle Angebote werden an jedem Ort in gleichem Maß und Umfang vorhanden sein können. Sogenannte **zentrale Orte** erfüllen hier eine wichtige Funktion für das Umland, wie umgekehrt auch **kleinere Gemeinden** und die Natur- sowie Kulturlandschaft des ländlichen Raumes das Leben in Thüringen unverzichtbar bereichern. Dennoch beklagen viele Menschen in Thüringen bestehende unterschiedliche Lebensmöglichkeiten in den Städten einerseits und in den Dörfern und Gemeinden andererseits.

—

„Menschen sollen frei von ökonomischen oder strukturellen Zwängen über ihren Lebensort entscheiden können“

Politisches Ziel der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ist es, für gute Lebensverhältnisse in Thüringen zu sorgen, sodass Menschen frei von ökonomischen oder strukturellen Zwängen über ihren Lebensort und den ihrer Kinder entsprechend ihrer persönlichen Vorstellungen entscheiden können. „**Wir wollen die Dinge gemeinsam denken und nicht separat.** Um symbolisch zu sprechen: Um ein Haus zu bauen, müssen nicht nur die Einzelteile aufgebaut werden. Es braucht den Bauplan dahinter, der alle Einzelteile miteinander verzahnt. Mit der Kampagne wollen wir genau diese Themen miteinander verknüpfen“, so Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender und Teil der Planungsgruppe.

Für den ländlichen Raum bedeutet das konkret, **Nachteile und Hürden abzubauen**, die im ländlichen Raum lebenden Menschen eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder verhindern. In den kommenden Monaten und Jahren werden wir uns im Rahmen von an verschiedenen Orten Thüringens zu unterschiedlichen Themen stattfindenden Fraktionssitzungen dem Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Thüringen verstärkt widmen. Die Landtagsabgeordnete Anja Müller ist ebenfalls Mitglied der Planungsgruppe und erklärt: „Wir wollen mit der Kampagne keine lebensferne Diskussion, sondern **die Lebensrealität der Thüringer Städte und Landkreise in Erfahrung bringen**, diskutieren und darauf aufbauen. Wir haben uns entschieden, mithilfe von Unterthemen spezifische Schwerpunkte zu setzen.“ Diese Schwerpunkte sind unter anderem medizinische Versorgung, gerechte Mobilität und Bildung oder die Mitbestimmung und demokratische Teilhabe.

Es gibt viele Wege, wie wir in Thüringen gemeinsam zu gleichwertigen Lebensverhältnissen kommen. Lassen Sie uns miteinander reden, lassen Sie uns für etwas sein, wir freuen uns auf Ihre Vorschläge, Ihre Ideen und auf den gemeinsamen Austausch.

Mehr Infos und aktuelle Ereignisse zur Kampagne befinden sich auf:
gleichgut.die-linke-thl.de

Ärztliche Versorgung und Pflegeangebote

Thüringen steht im ländlichen Raum vor Herausforderungen

Ein wichtiges Thema für DIE LINKE Fraktion im Thüringer Landtag ist die Sicherung der Gesundheitsversorgung in Thüringen; für heute und für morgen. Ralf Plötner, gesundheitspolitischer Sprecher, hält fest: „Thüringen steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, so zum Beispiel auch im Bereich der Krankenhausplanung. Gesundheitsversorgung betrifft aber alle Bereiche, bei denen die Gesundheitspflege und Krankenversorgung bestmöglich für die Menschen in Thüringen aufgestellt ist. Daraus ist die „Werkstatt Zukunft, Gesundheit, Thüringen 2030“ entstanden. Dies ist ein dialogisch orientierter, längerfristig angelegter Prozess, der eine gemeinschaftliche Neuorientierung und Umgestaltung im Gesundheitswesen auf den Weg bringen soll.

Berücksichtigt werden neben technischen Entwicklungen auch die Belange von Patient:innen, Bürger:innen und Beschäftigten. Ziel ist es, unter Einbeziehung von Fachexpert:innen und Wissenschaftler:innen Bedarfe zu ermitteln, Konzepte zu analysieren und zu diskutieren, um auf dieser Basis gemeinsam Ideen und Lösungen zu entwickeln, um das System der Gesundheitsversorgung zukunftsorientiert in Thüringen weiterzuentwickeln. Durch diesen transparenten Austausch soll ein zukunftsfähiger und an den tatsächlichen Bedarfen orientierter Krankenhausplan entstehen dessen Ausstrahlung bis 2030 reicht.

“Bereits heute laufen alternative Modelle an, wie eine flächendeckende Versorgung in Thüringen gewährleistet werden kann. Denn auch in Thüringen wird die Bevölkerung immer älter und auf absehbarer Zeit werden die Baby-Boomer-Jahrgänge in Rente gehen. Das hat zur Folge, dass Gesundheits- und Pflegestrukturen überdacht werden müssen. Eine dieser Ideen ist es vor allem im ländlichen Raum Strukturen zu schaffen, die geeignet sind um eine Versorgung vor Ort zu ermöglichen. Eine Möglichkeit ist die Errichtung eines „Gesundheitskiosks“. Die Einwohner:innen der Gemeinden können sich dort rund um gesundheitliche und soziale Themen beraten lassen und zum Beispiel gemeinsam mit den über das Agathe-Projekt von der Landesregierung unterstützten Mitarbeiter:innen Arztbesuche vor- und nachbereiten. Dabei ist auch an eine Videoübertragung von Vitaldaten gedacht. Die Gesundheitskioske, die Vernetzung sowie der Aufbau des Gesundheitsnetzwerks und die Vereinbarungen mit den Krankenkassen sollen von der neu gegründeten Gesellschaft Gesundes Landleben GmbH koordiniert werden. Positive Unterstützung signalisieren Arztpraxen, Krankenhäuser und andere gesundheitliche Partner aus den Gemeinden, die Gemeinden vor Ort sowie die Politik und erste Krankenkassen.

Die offizielle Eröffnung des ersten Kiosks wird im November stattfinden.

Foto: Gerda/www.pixabay.de

Gesundheit. Überall gleich gut.

Anja Müller und Ralf Plötner im Gespräch zur aktuellen Situation im Freistaat

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag möchte sich mit den Thüringerinnen und Thüringern zusammen über die Herausforderungen und Ideen rund um die Notwendigkeiten für eine flächendeckende medizinische und pflegerische Grundversorgung auf dem Land und in der Stadt austauschen. Dabei sollen folgende Fragen zur Diskussion stehen: Vor welchen Herausforderungen steht die Gesundheitsversorgung in Thüringen? Was können konkrete Lösungswege für Stadt und Land sein?

Dazu lädt die Fraktion am 23. November im Rahmen ihrer thematischen und öffentlichen Sitzung ins Volkshaus in Sömmerda ein. Heike Werner, Thüringens Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, wird einführend zum Thema zur Krankenhausstruktur und -planung referieren. Bei der anschließenden Diskussionsrunde wird Uta Maercker, Geschäftsführerin der AGETHUR, über den Werkstattprozess „ZUKUNFT. GESUNDHEIT. THÜRINGEN. 2030“ berichten. Ebenso begrüßt die Fraktion dazu Christopher Kaufmann, der Leiter des Projekts „Landengel“ im Unstrut-Hainich-Kreis ist.

Im Vorfeld der Veranstaltung sprachen Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der gesundheitspolitische Sprecher Ralf Plötner zur Thematik. Abgeordneter Plötner betonte dabei die besondere Rolle der von der Landesregierung geförderten Programme „AGATHE“ und „VERA“. „VERA“, oder „TELEVERA“ ist das digitale Projekt für Versorgungsmöglichkeiten im Freistaat. Beschäftigte von Hausarztpraxen kämen hier direkt zu den Menschen nach Hause und verfügten über digitale Möglichkeiten wie zum Beispiel Videotelefonie zu Hausarztpraxen, erklärt Plötner. Es gehe darum, Dinge, die nicht zwingend von Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden müssen, von Fachpersonal durchführen zu lassen. Das Programm rühre daher, dass Arztpraxen, vor allem auf dem Land, immer mehr Mangelware werden. So müssten die Menschen keine lange Wege in Kauf nehmen und seien trotzdem medizinisch gut versorgt.

„Bei „AGATHE“ geht es darum, dass wir alle *gemeinsam* altern. Dem Problem der Vereinsamung und des geringen sozialen Netzwerkes im Alter soll damit begegnet werden“, so der Abgeordnete weiter. Die Malteser (als freie Träger) begleiten das Projekt und besuchen die Menschen ebenso an ihren Wohnorten. „Ich höre immer wieder, wie gut dieses Programm angenommen wird. Die Leute haben sich regelrecht danach gesehnt“, berichtet Plötner im Gespräch. Hier werde ganz konkret Hilfe angeboten, wie man medizinische Versorgung unkompliziert bekommt und welche Hilfestellungen gerade im Alter und sozialen Transferbereich gibt. „Gerade Alltagsprobleme der Menschen spielen gerade in diesen Zeiten eine immer größere Rolle. Es ist deshalb so wichtig, dass es jemanden gibt, der zuhört und dann auch konkret helfen kann“.

—

„Wir sollten *gemeinsam* altern. Das heißt, die Menschen nicht mit den Herausforderungen allein zu lassen“

Ein weiterer wichtiger Punkt, der auch für das Thema der medizinischen und pflegerischen Versorgung eine große Rolle spielt, ist der öffentliche Personennahverkehr. DIE LINKE im Thüringer Landtag will mit „Thüringen. Überall gleich gut“ gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in Thüringen schaffen. Das steht und fällt jedoch auch mit den infrastrukturellen Anbindungen der Lebensorte. Die Versorgungsstruktur im Allgemeinen ordnet der gesundheitspolitische Sprecher zunächst als gut ein, es sei jedoch immer wieder die Frage, wie die Menschen zu diesen gelangen. Hier müsse ganzheitlicher gedacht werden, die Herausforderungen der Mobilität immer wieder aufgerufen sowie die Chancen der Digitalisierung genutzt werden.

Anja Müller, die selbst ihren Wohnsitz im ländlichen Raum hat, brachte im gemeinsamen Gespräch auch das Stichwort der Facharztquote an. Medizinische Versorgungszentren, in denen ein Angestelltenverhältnis herrscht und eine gute medizinische Ausstattung vorhanden ist, scheinen immer mehr Ärztinnen und Ärzte zu locken. Denn eine eigene Praxis zu betreiben ist oft mit einem hohen finanziellen Aufwand und Risiko verbunden. Gerade deshalb wurde hier noch einmal von der Landesregierung versucht, die Niederlassungsförderung zu verbessern. Ab 1. Januar 2023 greift diese und fördert damit nun auch die zahnärztliche Versorgung und auch die Apotheken. Denn auch dort gibt es weniger Bereitschaft, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Dies soll auch über finanzielle Anreize versucht werden zu verbessern, erklärt Ralf Plötner. Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen steht ebenso vor Herausforderungen und versucht, die Menschen dazu zu bewegen, sich auch im ländlichen Raum anzusiedeln. Hier gebe es aber nichtsdestotrotz nach wie vor große Herausforderungen zu meistern.

„Aber wenn Menschen aktiviert werden, sich mehr bewegen, sozialen Austausch haben und vielleicht auch eher mal medizinische Hilfe in Anspruch nehmen, dann verzögert man tatsächlich ja auch Pflegebedarf. Das ist meiner Ansicht nach ein wichtiger Punkt und der spielt meines Erachtens in der Medizin eine viel zu geringe Rolle. Die Frage der Prävention. Wie komme ich also dazu, nicht so viel oder so früh medizinische Versorgung in Anspruch nehmen zu müssen? Hier ist der vorpflegerische Bereich also gefragt“. Ein weiterer Punkt zeige sich im Thüringen Monitor. Die Umfrage, die jährlich in Thüringen erhoben wird, zeige, dass lediglich sechs Prozent der Bevölkerung im Bundesland seinen Lebensabend im Altenheim verbringen möchte. Diese Botschaft sei also auch ein klarer Auftrag an die Politik. „Wir müssen auch Modelle wie »Mehr-Generationen-Häuser« auf dem Schirm haben“, so der Ralf Plötner im Gespräch mit Anja Müller.

Ralf Plötner an der Seite der Beschäftigten: Zum „Tag der Pflege“ am Helios Klinikum in Erfurt

Der LINKE Video-Podcast: Gesundheit. Überall gleich gut. Das gesamte Video finden Sie auf unserem YouTube Kanal: www.youtube.com/linke_thl

Der LINKE Podcast: Dieses Mal mit Anja Müller und Ralf Plötner zum Thema Gesundheitsversorgung in Thüringen.

Modernes Wahlrecht Nr. 6

Petition zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Der Verein Mehr Demokratie e.V. hat eine Petition beim Thüringer Landtag eingereicht, in der die geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen als Problem erkannt wird. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, schlägt der Verein vor, das Kommunalwahlgesetz zu ändern. Konkret sollen eine Experimentierklausel und sieben Instrumente in das Kommunalwahlrecht eingebaut werden, um Kommunalwahlen attraktiver zu gestalten und damit die Wahlbeteiligung zu erhöhen. In unserer Reihe zum Thüringer Kommunalwahlgesetz gehen wir auf die verschiedenen Vorschläge sowie auf deren möglichen positiven beziehungsweise negativen Auswirkungen ein. In dieser Ausgabe geht es um zusätzliche Wahlorte, Wahltermine und verlängerte Wahlzeiten.

Vorschlag Nr. 6: Zusätzliche Wahlorte, Wahltermine und verlängerte Wahlzeiten

Für gewöhnlich finden Wahlen meist an Sonntagen in Gemeindezentren in der Zeit zwischen 8 und 18 Uhr statt. Der Verein Mehr Demokratie e.V. schlägt nun vor, auch an anderen Tagen vor dem eigentlichen Wahltermin – aber nicht vor Beginn der Briefwahl – die Stimmabgabe zu ermöglichen. So soll es möglich sein, an anderen Tagen zusätzliche Wahlorte insbesondere an Stellen mit viel Publikumsverkehr einzurichten, so zum Beispiel in Einkaufzentren, Schulen oder Bahnhöfen. Darüber hinaus dürfen die zusätzlichen Wahlorte bereits um 6 Uhr öffnen und länger als bis 18 Uhr geöffnet bleiben. Um eine mehrfache Stimmabgabe oder sonstige Manipulationen zu verhindern, muss jedoch besonders darauf geachtet werden, dass das Wähler*innenverzeichnis, und hier insbesondere der Vermerk über die Stimmabgabe, korrekt geführt werden. Dies kann durch die Verwendung eines elektronischen Wähler*innenverzeichnisses mit entsprechend gesicherter Datenverbindung geschehen. Analog zu den Briefwahlstimmen werden die Stimmen, die an zusätzlichen Wahlorten abgegeben worden sind, unter Verschluss gehalten und erst nach Ende des offiziellen Wahltermins ausgezählt.

Kommen Sie mit uns ins Gespräch:

Was halten Sie vom Kommunalwahlgesetz? Haben Sie Fragen, Ideen oder Anmerkungen an die Abgeordneten?

Schreiben Sie eine E-Mail an hilpert@die-linke-thl.de oder postalisch an Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

PRO

Die Lebensgewohnheiten der Menschen haben sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund von Individualisierung stark verändert. Verlängerte Wahlzeiten und das Angebot von zusätzlichen lebensnahen Wahlorten könnten deshalb die Wahlbeteiligung steigern. Wenn diese insbesondere in Bereichen der Gemeinde beziehungsweise des Landkreises eingerichtet werden, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist, könnten diese den größten Effekt bewirken.

Verlängerte Wahlzeiten würden zudem ermöglichen, dass sich an das zeitliche Aufkommen des Publikumsverkehrs angepasst werden könnte. Beispielsweise könnte ein Wahlort am Bahnhof bereits morgendliche Pendler zur Stimmabgabe motivieren, während ein bis 22 Uhr geöffneter Wahlort in einem Einkaufszentrum Menschen nach dem Einkauf ansprechen könnte. Formen des „early voting“ gibt es zum Beispiel in den USA und insbesondere in Schweden.

CONTRA

Zusätzliche Wahlorte, Wahltermine und verlängerte Wahlzeiten stellen eine größere Herausforderung für die Durchführung der Wahl dar. Bereits jetzt ist es mitunter schwierig, ausreichend freiwillige Wahlhelfer*innen für die Durchführung der Wahl zu finden. Bei zusätzlichen Terminen und verlängerten Öffnungszeiten der Wahlorte würde sich dieses Problem noch verstärken. Dem Problem könnte man zwar damit begegnen, dass man das zumeist sehr dichte Netz an Wahllokalen am eigentlichen Wahltag ausdünnt. Damit würden aber die Wege wieder länger und die Hürden, sich an der Wahl zu beteiligen, höher.

Der eigentliche Zweck, Menschen zur Wahl zu animieren, würde somit nicht erreicht. Darüber hinaus ist der Wahlvorgang aus guten Gründen stark formalisiert. Es sind zum Beispiel zahlreiche Fristen bei der Vorbereitung der Wahl einzuhalten. So müssen Wahlvorschläge frühestens drei Monate und spätestens am 58. Tag vor der Wahl eingereicht werden. Zusätzliche Wahlorte und -zeiten bergen dabei Unsicherheiten und Unstimmigkeiten in den Zeitabläufen, die zu Wahlanfechtungen führen könnten.

Raus auf die Straße - zu den Menschen

Karola Stange und ihre Arbeit im Wahlkreisbüro

Karola Stange erreicht morgens das Wahlkreisbüro in der Johannesstraße in Erfurt. Ihre Mitarbeiter:innen sind schon vor Ort. Gemeinsam werden die anstehenden Aufgaben des Tages besprochen. Als Abgeordnete im Thüringer Landtag vertritt Stange für die Fraktion DIE LINKE ihre Wähler:innen. Deshalb ist es besonders wichtig für sie, sich mit diesen auszutauschen, Meinungen einzuholen und in Kontakt mit den Menschen zu kommen. Oft wird sie dafür zu Veranstaltungen von verschiedenen Vereinen oder Organisationen eingeladen. Um den direkten Kontakt zu ihren Wähler:innen aufrecht zu halten, ist die monatliche Sprechstunde in ihrem Wahlkreisbüro bereits fest etabliert. Hier können sich die Menschen direkt an Karola Stange wenden.

Die Abgeordnete Stange setzt sich schon seit mehreren Jahren für Frauen und deren Schicksale ein. Gerade in diesem Jahr war sie in ihrem Wahlkreis unterwegs, um auf starke Frauen der Zeitgeschichte aufmerksam zu machen. „Wir sind in Gedanken bei den Frauen in der Ukraine, deren Leben durch die Aggression der russischen Regierung zerstört wird und den mutigen Widerstand leisten. Und wir sind bei den Frauen in Russland, die auf die Straße gehen, um ihre Opposition zu Putins Krieg zu zeigen.“ Weitere wichtige Themen sind für Stange Familien und Kinder. Regelmäßig besucht sie daher das Kinderheim am Ringelberg in Erfurt um sich über Bedarfe auszutauschen. Oft ist sie auch in Kindereinrichtungen zu Besuch, um sich ein Bild von der Arbeit der Erzieher:innen zu machen. Die Folgen der Pandemie wurden ihr dabei immer wieder deutlich.

Es fällt auf, dass die stationäre Jugendhilfe selten bei der Betrachtung der pandemischen Lage und den daraus resultierenden Maßnahmen berücksichtigt worden ist. Die Pandemie brachte neue Herausforderungen mit sich, wie psychische Probleme durch die Kontaktarmut sowie verstärkte Ängste und Ungewissheit, berichteten die Erzieher:innen der Kindereinrichtungen. Solche Erfahrungsberichte beschreibt Karola Stange als überaus wichtig und bereichernd für ihre Arbeit. Sie kommt gerne mit Menschen ins Gespräch. Es ist ihr wichtig, einen Einblick in die realen Lebenswelten zu bekommen und über mögliche Handlungsbedarfe der Politik zu erfahren.

Termine, wie der Quartalsgeburtstag am Moskauer Platz oder das Frühlingsfest am Roten Berg bieten dabei Gelegenheit, mit den unterschiedlichsten Menschen in Kontakt zu kommen. Bei einer Tasse Kaffee und einem Stückchen Kuchen entstehen so oft wertvolle Gespräche. Durch die Pandemie mussten diese Veranstaltungen zwei Jahre lang ausfallen. Umso schöner war es, dass in diesem Jahr wieder alle zusammensitzen konnten. Ein Schritt in Richtung Normalität. Neben Müllsammel-Aktionen oder Vor-Ort-Besichtigungen in Betrieben, befasst sich Stange auch mit weltpolitischen Themen, die Auswirkungen auf ihre Wahlkreise haben. Bei der Unterbringung von jugendlichen Geflüchteten versucht sie stets zu unterstützen und Missstände anzugehen. „Es kommt darauf an Solidarität zu zeigen und auch hier vor Ort zu schauen, wo man helfen kann“, erklärt die Politikerin.

Pflegeeinrichtungen in prekärer Lage

Energiekrise belastet Senioren- und Pflegeeinrichtungen

Strom, Wärme, Personalkosten - derzeit steigen die Kosten in scheinbar allen Bereichen. Auch die Senioren- und Pflegeheime leiden zunehmend unter den Preissteigerungen. Die Kosten müssen Bewohnerinnen und Bewohner oder Angehörige, aber auch die Einrichtungen selbst tragen. Für manche wird es nun ernst. Aufgrund dieser derzeitigen Siuation trafen sich die familien- und seniorenpolitische Sprecherin Cordula Eger und ihr Kollege Ralf Plötner, Sprecher für Gesundheits- und Pflegepolitik, Anfang Oktober mit Vertreter:innen des Landessenior:innenenrat Thüringens zu einem gemeinsamen Austausch. Dabei sprachen sie über die aktuellen Herausforderungen in der Seniorenpolitik.

Laut Vertreter:innen des Landesseniorenrates setzten die anhaltenden hohen Energiekosten besonders auch Pflegeeinrichtungen zu. Die ausgehandelten Pflegesätze aus den Pflegesatzverhandlungen würden nicht den tatsächlichen Kostenaufwand widerspiegeln, der im Rahmen der aktuellen Energiekrise auf die Einrichtungsbewohner:innen und die Träger der Pflegeeinrichtungen zukomme. Die Krankenkassen halten sich bisweilen bedeckt, was eine erneute Pflegesatzverhandlung in diesem Jahr anbelangt. Bereits bei den Verhandlungen im Vorjahr konnten nur moderate Erhöhungen für die Heimentgelte erreicht werden. Mit schweren Konsequenzen: Berichten von Pflegeeinrichtungsleiter:innen zufolge sind die Heimentgelte nun akut angestiegen.

Unzureichende Hilfen

Vor diesem Hintergrund kritisiert der Landesseniorenrat die in den ausgehandelten Pflegesätzen fehlende Berücksichtigung der aktuellen Preisentwicklungen. Die Pflegesätze seien viel zu niedrig und schlossen dabei noch nicht einmal die derzeitigen monatlichen Energiepreiserhöhungen mit ein. Dennoch lagen sie schon vor der Krise in drei- bis vierstelligen Bereich, die die Pflegeeinrichtungen bereits verzweifelt versuchten zu stemmen. Ein weiteres nicht unbekanntes Thema für die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Eger und Plötner sind seit Monaten mit Berichten von Verbänden und Trägern von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur konfrontiert, die Ähnliches berichten. Mit den Erzählungen wächst bei den beiden Abgeordneten die Wut auf das unzureichende Handeln der Bundesregierung. Ausreichende finanzielle Unterstützung vom Bund sei weiterhin noch nicht in Sicht, deshalb sieht sich die rot-rot-grüne Koalition in der Verantwortung, in Thüringen ein Hilfspaket zu schnüren, welches in Notfällen aufgrund der hohen Energiekosten finanzielle Hilfe zukommen lassen soll, erklärt Eger und verweist auf das Nothilfeprogramm, das Rot-Rot-Grün auf den Weg gebracht hat. Hierfür wird das Corona-Sondervermögen umgeschichtet, um Privathaushalten, Unternehmen und der sozialen Infrastruktur finanziell unter die Arme zu greifen und das Schlimmste zu verhindern. Die seniorenpolitische Sprecherin betonte jedoch, dass vor allem auch der Bund in der Verantwortung sei, die Menschen und sozialen Einrichtungen mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Idividuelle Bedürfnisse

Ein erster Schritt ist die geplante Einführung eines Gaspreisdeckels, hier sind sich die Abgeordneten einig. Gleichzeitig spiegelt der Landesseniorenrat die Sorge um die Umsetzung des Gaspreisdeckels. Denn die Gefahr besteht, dass eine Pauschaldeckelung den individuellen Bedürfnissen nicht gerecht werden würde. Damit würde das bisherige Gießkannenprinzip, nach dem die Bundesregierung bei ihren Entlastungsmaßnahmen agiert, fortgesetzt werden. Bezogen auf die Bundesebene wurde deutlich, dass eine Reform des Pflegeversicherungsgesetzes vonseiten der beiden Landtagsabgeordneten als auch des Landesseniorenrates gewünscht ist. Andere Bundesländer fordern unter anderem, dass neben Zuschüssen von Krankenkassen auch der Eigenanteil der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen begrenzt werden soll und die Einrichtungen eine höhere Unterstützung der Kassen erhalten.

Plötner und Eger plädieren dazu für eine solidarische Vollversicherung in Thüringen, in die jede:r einzahlt, unabhängig von beispielsweise einem Beamtenstatus. Gleichzeitig verwies der Abgeordnete Plötner auf die aktuellen Diskussionen auf Bundesebene, die leider nicht in diese Richtung tendieren und eine Umstrukturierung der Versicherung hin zu einer Vollversicherung unwahrscheinlich machen. „DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dennoch weiterhin stark machen, für die Belange der Pflege- und Gesundheitseinrichtungen einzutreten“, betont der gesundheitspolitische Sprecher abschließend. Das solle sich auch auf die Situation in Thüringen auswirken. Die Abegeordneten zeigten sich verständnissvoll gegenüber den großen Herausforderungen und versicherten, die Belange in die politische Debatte einzubeziehen.

Ein Jahr als jüngste Abgeordnete

Donata Vogtschmidt über ihr erstes Jahr im Thüringer Landtag

Donata Vogtschmidt ist als Mandatsnachfolge für Susanne Hennig-Wellsow Anfang November 2021 in den Thüringer Landtag nachgerückt und damit mit 23 Jahren die jüngste Abgeordnete im Thüringer Landtag geworden. In der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ist sie Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr. Die Abgeordnete führt Büros in Arnstadt und Sondershausen und engagiert sich neben ihrer parteipolitischen Arbeit in der Thematik zur atomaren Endlagerung. Vogtschmidt ist Mitglied des Landesvorstandes der Linken in Thüringen und widmet sich als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Linkes Frauennetzwerk“ besonders den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und politischen Bildung. Sie hat zudem in diesem Jahr ihr Masterstudium in Staatswissenschaften abgeschlossen und ist Mutter einer Tochter.

Parlamentsreport: Schön, dass wir miteinander sprechen. Anlass ist dein einjähriges Jubiläum im Thüringer Landtag. Der Bundestag ist der jüngste und weiblichste überhaupt. Die jüngste Abgeordnete ist 23 Jahre. Das war auch das Alter, mit dem du im Landtag gestartet bist. Rückblickend nach einem Jahr: Fühltest du dich auf die Tätigkeit vorbereitet? Wie blickst du auf deinen Start?

Donata Vogtschmidt: Politik war für mich kein komplett neues Feld, in das ich reingerutscht bin. Es war natürlich trotzdem etwas kaltes Wasser, in das man reingeworfen wurde. Aber ich kannte die Fraktion von den Parteitagen und dem Parteileben. Ich wusste, wie die Abläufe sind, weil ich auch schon Praktika gemacht habe. Deswegen kannte ich zum Glück bereits viele Personen und wusste, was mich ungefähr erwartet. Aber mich neu zu organisieren und in die ganzen Prozesse und Abläufe reinzukommen, das war natürlich noch mal neu. Zum Glück habe ich von Anfang an sehr viele Hilfsangebote von Kolleginnen und Kollegen bekommen. Aber dadurch, dass ich mich seitdem 16 Jahre bin, politisch engagiere, war das Arbeitspensum auch nicht etwas komplett Neues für mich.

PR: Du sagst, Kolleginnen und Kollegen haben dir geholfen. Hast du den Altersunterschied zu älteren Kolleg:innen gespürt?

DV: Ja, das schon. Den Generationenkonflikt habe ich doch sehr deutlich gespürt, aber nicht nur in der Fraktion, sondern generell im Landtag im Umgang miteinander. Junge Menschen generell sind auch im Thüringer Landtag noch stark unterrepräsentiert. Das merkt man z. B. bei den Reden als auch daran, wie Debatten generell geführt werden. Das heißt, es sind ganz unterschiedliche Schwerpunkte oder eine ganz andere Sichtweisen auf bestimmte Themen. Beispielsweise in Bezug auf die Gleichstellung. Das wird bei jungen Menschen ganz anders aufgeworfen als bei der älteren Generation. Das merke ich auch bei mir persönlich sehr stark. Die erfahrenen Kolleg:innen haben mir aber auch viel geholfen z. B. bei formalen Anfragen und Prozessen in der Verwaltung.

»Ich möchte selbst einen Impuls setzen, damit es für die nachfolgenden Generationen vorangeht«

PR: Schon bevor du in den Landtag gekommen bist lag ein starker inhaltlicher Fokus von dir auf dem ländlichen Raum. Du selbst bist aus dem Ilmkreis. Konntest du dahingehend im letzten Jahr etwas voranbringen?

DV: Richtig, der ländliche Raum liegt mir am Herzen. Es ist zum Beispiel ein Thema, wenn die Daseinsvorsorge immer noch eine andere ist als auf dem Land und in der Stadt. Auch in den parlamentarischen Diskussionen merken wir immer wieder, dass wir hinterfragen müssen, wie wir Thüringen überall gleich gut gestalten können. Wie können wir Stadt und Land Hand in Hand vereinen? Da haben wir als Fraktion bereits viel getan, vieles funktioniert gut, aber vieles muss sich noch verbessern. Am Beispiel des Neun-Euro-Tickets hat man gesehen, dass es im ländlichen Raum grundsätzlich ganz gut aufgenommen worden ist, es aber an einigen Stellen an den strukturellen Voraussetzungen scheiterte. Das ist ein Punkt, den wir als Linke weiter angehen können, dass wirklich überall gleichwertige Voraussetzungen, im ländlichen Raum und in der Stadt geschaffen werden können. Das ist ebenso ein Beispiel der Generationenunterschiede. Wenn wir über die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum diskutieren, müssen wir auch die strukturellen Voraussetzungen für junge Menschen hinterfragen.

PR: Was sind deine Themen, die du bis zum Ende der Legislatur bearbeiten willst?

DV: Ich habe einen starken Bezug auf den Katastrophenschutz und auch Atommüll-Endlagerung. Ich denke, das wird in Thüringen, gerade im ländlichen Raum noch mal ein größeres Thema werden. Die Diskussion schaukelt sich ja gerade hoch und mit jedem Schritt, welcher auf Bundesebene gegangen wird, wirkt sich das auch auf Thüringen aus. Im Katastrophenschutz gibt es viele Stellschrauben, bei denen wir uns in Bezug auf die klimatischen Veränderungen einstellen müssen. Das heißt, wir müssen das Gesetz anpacken.

PR: Abschließend noch die Frage: Sollte der Thüringer Landtag sich noch stärker aus jungen Menschen zusammensetzen?

DV: Ich kann allen jungen Leuten nur sagen engagiert euch! Wenn ihr was verändern wollt, dann bringt euch selbst mit ein, so kann man etwas erreichen. Auch bei mir war es so. Ich möchte selbst einen Impuls setzen, damit es für die nachfolgenden Generationen vorangeht. Dabei macht man auch nicht immer alles richtig. Das Wichtige ist, daraus zu lernen und sich immer weiterzuentwickeln. Man sollte sich bei seinen Zielen auch Unterstützung suchen, denn es gibt überall Menschen, die einem weiterhelfen können.